

## Gesundheitsversorgung vor Ort sichern Medizinische Versorgungszentren ausbauen

Gesundheit steht für viele Menschen an oberster Stelle. Eine ortsnahe und umfassende Gesundheitsversorgung muss überall in Baden-Württemberg für alle Menschen gewährleistet sein.

Um dem Ärztemangel und den Unterversorgungen mit Haus- und Fachärzten insbesondere in ländlichen Regionen und strukturschwachen Stadtquartieren zu begegnen, sollen Landespolitik, Kommunen und Krankenkassen stärker die Gründung gemeinnütziger Versorgungszentren in kommunaler Trägerschaft forcieren:

Medizinische Versorgungszentren (MVZ) können eine bessere Zusammenarbeit von Allgemein- und Fachärzten ermöglichen. Primärversorgungszentren der Krankenhäuser (PVZ) können in der Fläche hochwertige Gesundheitsversorgung sicherstellen und als Schnittstelle der Krankenhäuser zum ambulanten Sektor wirken.

Bestehende kleinere Kliniken, deren Existenz im Zuge der Klinikreform der Bundesregierung gefährdet ist, sollen dazu als Versorgungszentren weiterbetrieben werden und zukünftig einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der medizinischen Versorgung sowie zur sektorenübergreifenden Verknüpfung ambulanter und stationärer Angebote leisten. Solche integrierten Strukturen sind mit hohen Synergieeffekten verbunden.

Gute Arbeit mit Betriebsräten und Tarifverträgen in Versorgungszentren entspricht den Erwartungen und Ansprüchen junger Beschäftigter in Gesundheitsberufen, wirkt dem Fachkräftemangel im Gesundheitssektor entgegen, überwindet Doppel- und Dreifachuntersuchungen, trägt zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen bei und bremst damit den Anstieg der Krankenkassenbeiträge.

Die Städte und Landkreise sollen ermutigt und unterstützt werden, eine kommunale Trägerschaft für die Versorgungszentren anzunehmen. Den zu beobachtenden Einstieg von

„Private Equity“ in MVZ halten wir für schädlich für die Versorgungssicherheit und die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen.

Der DGB Baden-Württemberg und die Gewerkschaften fordern Landespolitik, kommunale Spitzenverbände, Städte, Landkreise und Krankenkassen auf, Ärztemangel und Klinikschließungen mit der Gründung gemeinnütziger Versorgungszentren in kommunaler Trägerschaft und in Kooperation mit Gesetzlichen Krankenkassen aktiv entgegenzuwirken. Insbesondere im ländlichen Raum und in sozial- und strukturschwachen Stadtquartieren muss die medizinische Versorgung – wozu auch die Notfallversorgung gehört – für alle garantiert, gesichert und verbessert werden.

Indem wir im Sinne von Gendermedizin auch in der gesundheitlichen Versorgung geschlechtsspezifische Unterschiede adäquat berücksichtigen, können wir eine inklusivere Gesundheitsversorgung etablieren.

Angesichts der wachsenden Gefahr durch den Rechtspopulismus nimmt eine funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge vor Ort – zu der auch die gesundheitliche Versorgung gehört – eine wichtige Rolle ein. Denn dies beeinflusst maßgeblich das Vertrauen der Menschen in die Problemlösungskompetenz demokratischer Institutionen.